Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten
Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten
Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage
Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag von Friedrich May G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 445

Erscheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgend. Tag. **Bezugspreis** für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmonatlich Mk. 1,20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 15 Pfg. — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsträger und die Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postscheck-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. **Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64.**
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Goldmark): Die 43 mm breite einspaltige Grundschriftzeile 25 Pfg., örtliche Anzeigen 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile (im Textteil) 70 Pfg. Zahlung in Papiermark zum amtlichen Briefkurs vom Zahltag, jedoch nicht niedriger als zum Kurs vom Tage der Rechnung. — Rabatt nach Tarif. Für Sammelanzeigen tarifm. Aufschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 229. **Donnerstag, den 1. Oktober 1925.** **80. Jahrgang**

Tagesschau.

* Der **Reichspräsident** wird seinen Geburtstag in aller Stille auf dem Lande verleben und hat die Bitte ausgesprochen, **von Kundgebungen und Beflaggung abzusehen.**

* **Der französische Flieger Costes,** der ohne Erlaubnis deutsches Gebiet überflogen hat und im Schwarzwald eine Notlandung vornehmen mußte, wurde **vom Schöffengericht Freiburg i. B. zu 5000 Mark Geldstrafe verurteilt.**

Der Petit Parisien erfährt aus unterrichteter italienischer Quelle, daß sich **Tschitscherin** auf seiner Reise auch noch **nach Rom** begeben werde.

Nach **Meldungen aus Madrid** soll in Fühlungnahme mit dem französischen Truppenkommando **eine gemeinsame Offensive** bei Ajdir beschlossen worden sein.

Nach Meldungen aus Syrien mußte **General Gamelin** sich **wieder aus Sueida zurückziehen,** das demnach wieder in den Händen der Drusen ist.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

Das Notenmaterial zur Paktkonferenz.

Das diplomatische Vorspiel zur Paktkonferenz wird nunmehr von der Reichsregierung mit nachstehender Veröffentlichung des Notenmaterials der Oeffentlichkeit bekannt gegeben:

Die deutsche Antwort.

Berlin, 29. September. (Wolff-Telegramm.) Die Antwort der Reichsregierung auf die von der französischen, englischen und belgischen Regierung ausgegangene Einladung zu der Ministerzusammenkunft ist am Sonnabend, 26. September, in Paris, London und Brüssel überreicht worden und hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung beehrt sich, auf die von (folgen die Namen der alliierten Missionschefs) überreichte Note zu erwidern, daß sie den Wunsch der alliierten Regierungen, die Verhandlungen über den Abschluß eines Sicherheitspaktes nicht in die Länge zu ziehen, durchaus teilt. Sie erhofft auch ihrerseits von einem Zusammentreffen der Regierungsmitglieder der beteiligten Länder eine **Beschleunigung der endgültigen Lösung** der zur Erörterung stehenden Probleme und stimmt daher gemäß ihrer Note vom 27. August dem Vorschlage zu, diese Zusammenkunft alsbald stattfinden zu lassen. Als Zeitpunkt für die in der Schweiz geplante Zusammenkunft schlägt sie den 5. Oktober vor.

*

Mit der vorstehenden Antwort haben die deutschen Missionschefs mündlich und durch Ueberreichung eines gleichlautenden Memorandums folgende Erklärung abgegeben:

In dem Augenblick, wo die Minister der beteiligten Mächte im Begriffe sind, zu wichtigen Besprechungen über die Befestigung des Friedens zwischen ihren Ländern zusammenzutreffen, hält die deutsche Regierung es für notwendig, der pp. Regierung in aller Offenheit ihren Standpunkt in zwei Fragen bekanntzugeben, die mit dem Zwecke jener Besprechungen aufs engste verbunden sind. Die alliierten Regierungen haben in dem vorausgegangenen Notenwechsel den Abschluß eines Sicherheitspaktes **von dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund abhängig gemacht.** Die deutsche Regierung hat der Verbindung der beiden Probleme nicht widersprochen, sieht sich dadurch aber vor die Notwendigkeit gestellt, auf einen Punkt zurückzukommen, den sie im Zusammenhang mit der Völkerbundsfrage gegenüber den im Völkerbundsrat vertretenen Regierungen bereits in ihrem Memorandum vom September 1924 zur Sprache gebracht hat.

Die Erklärung zur Kriegsschuldfrage.

Sie wiederholt aus diesem Memorandum die Erklärung, daß der etwaige Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht so verstanden werden darf, als ob damit die zur Begründung der internationalen Verpflichtungen Deutschlands aufgestellten Behauptungen aufrecht erhalten werden, die eine moralische Belastung des deutschen Volkes in sich schließen. Sie glaubt, daß die in seiner Note vom 28. Aug. 1924 von der damaligen deutschen Regierung erlassene öffentliche Kundgebung dem Ziel der Befriedigung und einer aufrichtigen Versöhnung der Völker dient, und macht sich ihrerseits diese Kundgebung ausdrücklich in dem Wunsche zu eigen, dadurch den Zustand gegenseitiger Achtung und innerer Gleichberechtigung herzustellen, der die Voraussetzung für einen Erfolg der jetzt in Aussicht genommenen vertrauensvollen Aussprache bildet.

Das angestrebte Ziel der Verständigung und Versöhnung würde ferner beeinträchtigt werden, wenn es nicht gelänge, vor dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und vor dem Abschluß des Sicherheitspaktes einen Streit aus der Welt zu schaffen, der jetzt noch trennend zwischen Deutschland und den alliierten Ländern steht. Das ist

die Räumung der nördlichen Rheinlandzone und die endgültige Vereinigung der deutschen Entwaffnungsfrage.

Solange der gegenwärtige, vom deutschen Volk als Unrecht empfundene Zustand der Verlängerung der Besetzung eines großen deutschen Gebietes fortdauert, kann das Vertrauen auf friedliche Entwicklung, von dem die Wirksamkeit der in Aussicht genommenen internationalen Vereinbarungen abhängt, nicht wiederhergestellt werden.

Die Reichsregierung gibt sich der Hoffnung hin, daß die pp. Regierung diese Mitteilungen in dem gleichen Geiste der Loyalität aufnimmt, aus dem sie entsprungen sind, und daß sie in ihnen den aufrichtigen Willen erkennt, für das Zustandekommen des jetzt in Angriff zu nehmenden großen Friedenswerkes den Weg zu ebnen.

Die italienische Regierung hat am gleichen Tage eine Abschrift der deutschen Antwort auf die Einladung sowie auf das vorstehende Memorandum erhalten.

Die Antworten der französischen und englischen Regierung.

Von der französischen und englischen Regierung sind hierauf den deutschen Botschaftern in Paris und London heute nachstehende Antworten zugegangen:

Die französische Antwort.

Paris, 29. September. Die Regierung der Republik hat mit Befriedigung die Antwort erhalten, womit ihr die deutsche Regierung ihre Zustimmung zum Zusammentritt der Konferenz von Locarno mitgeteilt hat. Sie nimmt Vermerk davon, daß die Zustimmung keinen Vorbehalt enthält. Die gleichzeitig vom deutschen Botschafter überreichte mündliche Erklärung bezieht sich auf zwei Fragen, die in keiner Weise mit den Verhandlungen von Locarno vermischt werden können, da sie in keiner Beziehung zu der Erörterung des Sicherheitspaktes stehen. Was die erste dieser Bemerkungen anlangt, so ist die französische Regierung der Ansicht, daß die Frage durch den Vertrag von Versailles geregelt worden ist, an dem, wie die französische Regierung in ihren Noten klar zum Ausdruck gebracht hat, die Verhandlungen über den Sicherheitspakt keine Aenderung vornehmen können. Was die Räumung der Kölner Zone und die damit in Zusammenhang stehende Frage der Abrüstung Deutschlands betrifft, so erinnert die französische Regierung daran, daß es nur von Deutschland selbst abhänge, ihre Vereinigung durch die Erfüllung seiner Verpflichtungen zu beschleunigen. Die französische Regierung kann sich in dieser Hinsicht nur auf die alliierte Note vom 30. Mai 1925 beziehen. Die französische Regierung nimmt Vermerk davon, daß die deutsche Regierung mit ihr darüber einverstanden ist, daß die in dem deutschen Memorandum niedergelegten mündlichen Bemerkungen nicht so anzusehen sind, als ob sie zu Bedingungen oder Vorbehalten für die Konferenz führten.

Die englische Antwort.

Foreign office, 29. September. Euer Exzellenz! Seiner Majestät Regierung hat mit Befriedigung die Erklärung entgegengenommen, wonach die Reichsregierung den Vorschlag zu einer am 5. Oktober beginnenden Konferenz in Locarno angenommen hat. Seiner Majestät Regierung stellt mit Genugtuung fest, daß die Annahme ohne Vorbehalt erfolgt. In Beantwortung der gleichzeitig von Euer Exzellenz abgegebenen Erklärung beehre ich mich, von der Versicherung Euer Exzellenz Vermerk zu nehmen, daß die darin aufgeworfenen Fragen keine Vorbedingungen für eine Zusammenkunft der Außenminister bilden. In der Tat stehen diese Fragen in keinem Zusammenhang mit den Verhandlungen über einen Sicherheitspakt und haben keinen Teil des vorbereitenden Meinungsaustausches gebildet. Hinsichtlich des Teiles der Erklärung, der Deutschlands Eintritt in den Völkerbund betrifft, stellt Seiner Majestät Regierung mit Befriedigung fest, daß die deutsche Regierung keine Einwendung gegen diese wesentliche Bedingung jedes Gegenseitigkeitspaktes erhebt. Die Frage der Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg wird durch den geplanten Pakt nicht aufgeworfen, und Seiner Majestät Regierung vermag nicht zu erkennen, warum die deutsche Regierung es für angebracht gehalten hat, sie in diesem Augenblick aufzuwerfen. Seiner Majestät Regierung muß bemerken, daß die Verhandlung über den Sicherheitspakt den Vertrag von Versailles und ihre Urteile über die Vergangenheit nicht zu ändern vermag. Hinsichtlich der Räumung der Kölner Zone beehre ich mich, zu wiederholen, daß der Zeitpunkt der Räumung ausschließlich von der Erfüllung der deutschen Abrüstungsverpflichtungen abhängt und daß Seiner Majestät Regierung die Erfüllung dieser Verpflichtungen begrüßen wird, weil sie den Alliierten die alsbaldige Räumung der nördlichen Zone ermöglichen wird. Mit dem Ausdruck der ausgezeichnetsten Hochachtung usw.

Der Standpunkt Stresemanns.

Berlin, 30. September. Zu der Veröffentlichung der deutschen Erklärungen in London und Paris anläßlich der Ueberreichung der deutschen Antwortnote auf die Einladung zum Sicherheitspakt und die darauf erfolgten Antworten der französischen und englischen Regierung erfährt die Telegraphen-Union von gut unterrichteter Seite:

Die Reichsregierung legte Wert darauf, daß die Veröffentlichung des deutschen Schriftes, der übrigens auch in Brüssel und Rom erfolgte, möglichst bald geschah. Chamberlain und Vandervelde hatten in ihren Unterredungen mit den deutschen Missionschefs die Frage der Veröffentlichung offen gelassen und der Direktor der politischen Abteilung des Pariser Auswärtigen Amtes, Berthelot, den der deutsche Botschafter allein am Sonnabend sprechen konnte, benachrichtigte sofort Briand, der seine erste Unterredung mit Herrn von Hoesch am Montag hatte. Briand machte dabei Vorschläge für die Veröffentlichung, mit denen sich am Montag spät abends das Reichskabinett beschäftigte. Da aber schon das deutsche Memorandum in der ausländischen Presse erwähnt worden war und um den vielen irrtümlichen Kombinationen, wie sie auch am Dienstag in einem Berliner Mittagsblatt wiedergegeben wurden, entgegen zu treten, wurde bei dem gestrigen Empfang des deutschen Botschafters bei Briand beschlossen, den Schriftverkehr in vollem Umfange zu veröffentlichen. Was die französische Antwort angeht, so mußte erwartet werden, daß sich Frankreich auf den Versailler Vertrag versteift, der den Passus über die deutsche Schuld am Kriege enthält. Was aber die Frage der Räumung der Kölner Zone angeht, so hat auch die Reichsregierung nie darüber einen Zweifel gelassen, daß ihr die Räumung der widerrechtlich besetzt gehaltenen nördlichen Rheinlandzone ein Verhandlungsobjekt bedeutet. An der Auffassung der Reichsregierung, daß sie einen Sicherheitspakt nicht abschließen kann, wenn nicht die nördliche Rheinlandzone geräumt ist, hat sich aber nichts geändert, und mit dieser Tatsache müssen die Alliierten rechnen. In diplomatischen Kreisen wird es aber immerhin als ein Fortschritt angesehen, daß in der Antwort auf den deutschen Schritt in der Frage der Kriegsschuldlüge nicht wieder eine alliierte Einheitsfront in Erscheinung getreten ist. Man verweist auf die wichtigen Stimmen auch im Auslande, die erst kürzlich betont haben, daß der Schuldartikel im Versailler Vertrag eine der größten Torheiten in der Weltgeschichte gewesen ist. Die Auffassung Vanderveldes hierzu liegt offiziell noch nicht vor. Man weiß aber, daß er der Ansicht ist, daß die Frage der Kriegsschuld dem Urteil einer von Leidenschaften weniger durchpeitschten Zeit vorbehalten bleiben muß. In diplomatischen Kreisen ist man ferner der Ansicht, daß die deutschen Demarchen in den alliierten Hauptstädten noch vor der Konferenz sich trotz der Gefahr als ein richtiger Weg erwiesen haben, da von der Gegenseite damit der ehrliche Wunsch zutage getreten ist, auf jeden Fall an der Konferenz in Locarno am 5. Oktober festzuhalten.

*

Berlin, 30. Sept. Die Blätter betonen in ihren Kommentaren zur Veröffentlichung des diplomatischen Schriftwechsels über die Paktkonferenz, daß nunmehr der Weg zur Konferenz in Locarno frei sei. Die deutsche Delegation unter Führung des Reichskanzlers Dr. Luther und des Reichsaußenministers Dr. Stresemann werde am Sonnabend von Berlin nach Locarno abreisen.

Die „Tägl. Rundschau" betont, daß die Differenz, die in den letzten Tagen zwischen Deutschland und den Westmächten entstanden war, sich nur auf die Art und Weise bezogen habe, wie der deutsche Schritt öffentlich behandelt werden sollte. Im Laufe des gestrigen Tages sei dann mit der Publizierung ein Strich unter die Zwischenfälle gezogen worden. Das Blatt hebt dann weiter hervor, daß die Atmosphäre der Konferenzverhandlungen dadurch gewinnen werde, daß die in dem deutschen Memorandum erwähnten Fragen vor dem Zusammentritt der Konferenz geklärt worden seien. Was insbesondere die Frage der Räumung der Kölner Zone anlange, so unterstreiche das genannte Blatt und auch die „Kreuzzeitung", sowie die „Deutsche Tageszeitung", daß es